

Die globale Wirtschaftskrise und ihre regionalen Auswirkungen in Österreich

Christian Reiner und Lukas Lengauer

christian.reiner@sbg.ac.at, Fachbereich für Geographie und Geologie, Universität Salzburg, 5020 Salzburg

lukas.lengauer2@sbg.ac.at, Fachbereich für Geographie und Geologie, Universität Salzburg, 5020 Salzburg

1 Zusammenfassung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat seit 2008 zu einem negativen Wachstum und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in vielen Staaten der Welt geführt. Der Beitrag stellt die regional differenzierte Krisendynamik anhand von Arbeitslosenquoten und Produktionsdaten auf unterschiedlichen räumlichen Aggregationsniveaus am Beispiel Österreichs dar. Es werden lang- und kurzfristige Trends hinsichtlich Arbeitslosigkeit und deren konvergente oder divergente Entwicklung diskutiert.

2 Einleitung

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, symbolisch markiert durch die Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008, ist die schwerste seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre (Aiginger 2009, Reiner 2007, Reiner 2009, Reiner & Lengauer 2010). Sie hat seit 2008 zu einem negativen Wachstum und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in vielen Staaten der Welt geführt. Die politökonomische Verarbeitung der Krise führt zu einer mehrfach ungleichen Betroffenheit unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Erstens wirken umfangreiche öffentliche Finanzspritzen und Garantien für den Finanzsektor, mögliche Erhöhungen von Massensteuern sowie steigende Arbeitslosigkeit potentiell ungleichheitsverstärkend (Watt 2009). Zweitens kommt es zu einer Neuverteilung von Risiken: Leiharbeitskräfte, ausländische Arbeitskräfte und Jugendliche zählen zu den Verlierern am Arbeitsmarkt, sie sind von überproportional hohen Beschäftigungseinbußen betroffen. Ähnliches gilt zu Beginn der Rezession auch für männliche Arbeitnehmer, während Arbeitnehmerinnen, die überproportional im Dienstleistungssektor beschäftigt sind, erst zeitversetzt von einem höheren Arbeitslosigkeitsrisiko bedroht sind. Drittens ist auch eine räumlich differenzierte Betroffenheit von der Rezession festzustellen (Reiner 2010). Die wirtschaftspolitische Bedeutsamkeit einer konjunkturellen Perspektive auf regionale Arbeitsmärkte ergibt sich unter anderem aus dem Stabilisierungsziel der Raumwirtschaftspolitik. Demnach sind regionalökonomische Strukturen derart zu gestalten bzw. zu beeinflussen, dass konjunkturelle und strukturelle Krisenanfälligkeiten minimiert werden (Schätzl 1994).

Der Beitrag diskutiert regionale Aspekte der Wirtschaftskrise unter besonderer Berücksichtigung von Arbeitsmarkteffekten am Beispiel Österreichs. Dabei werden internationale, nationale und

regionale Daten zu Arbeitslosigkeit und Sozialprodukt bzw. Produktion diskutiert. Internationale Vergleiche erfordern die Verwendung von Daten, die auf einheitlich definierten Variablen und Erhebungsmethoden beruhen. Im Fall der Arbeitslosenquote gibt es etwa Empfehlungen der International Labour Organization (ILO), die genau definieren, wann eine Person als arbeitslos bzw. beschäftigt zu gelten hat. Eurostat, das statistische Amt der EU, erhebt nach dieser einheitlichen Definition durch Befragung einer repräsentativ ausgewählten Stichprobe im Rahmen des sog. Labour Force Survey international vergleichbare Daten zu Arbeitslosigkeit und anderen Variablen. Parallel dazu existieren weiterhin nationale Berechnungs- bzw. Erhebungsmethoden für die gleichen Variablen (Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenquote). Diese vom AMS mittels Registrierung der Arbeitslosen erstellten Daten weichen regelhaft von den Eurostat-Daten ab und weisen typischerweise höhere Arbeitslosenquoten aus. Daten nach nationaler (AMS) Definition haben neben dem Nachteil mangelnder internationaler Vergleichbarkeit zwei wichtige Vorteile: Erstens existieren längere Zeitreihen. Zweitens liegen diese Daten auch vollständig regional disaggregiert auf NUTS 3-Ebene vor, was aufgrund der unzureichenden Stichprobengröße in kleineren räumlichen Einheiten bei den Eurostat-Daten nicht der Fall ist. Aufgrund dieser jeweils spezifischen Vorteile unterschiedlicher Datenquellen, finden sich im Text für die gleiche Variable (Arbeitslosenquote) gemessen im gleichen Jahr und für die gleiche räumliche Einheit unterschiedliche Werte.

3 Volkswirtschaftliche Entwicklung Österreichs im internationalen Vergleich

Ausgehend von den USA breitete sich eine Rezession aus, die über zahlreiche Kanäle schließlich auch die österreichische Volkswirtschaft erfasste. Waren die Jahre 2006 bis Mitte 2008 eine Phase der Hochkonjunktur, so drehte die konjunkturelle Entwicklung ab dem IV. Quartal 2008 auch in Österreich Richtung Rezession. Doch wie stellt sich die Entwicklung Österreichs in der Wirtschaftskrise im internationalen Vergleich dar? Diese Frage soll in diesem Abschnitt anhand zentraler makroökonomischer Aggregate kurz dargestellt werden. Abbildung 1 gibt einen Überblick anhand ausgewählter Staaten bzw. Staatengruppen bezüglich ihrer Wachstums-, Inflations- und Arbeitsmarktpformance, wobei die Staaten nach dem Merkmal „Veränderung der Arbeitslosenrate 2008-2009“ beginnend mit Deutschland in aufsteigender Reihenfolge angeordnet sind. Die Extremwerte sind Deutschland mit einer sehr niedrigen Zunahme von +0,2 Prozentpunkten und Spanien mit starker Zunahme von +6,7 Prozentpunkten. Der österreichische Arbeitsmarkt kommt mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit von 1,0 Prozentpunkten besser durch die Krise als die EU-27. Bezogen auf das Niveau der Arbeitslosigkeit 2009 hatte Österreich für die in Abbildung 1 dargestellten Staaten hinter der Schweiz (3,8%) die zweitniedrigste Arbeitslosigkeit (4,8%) (Abbildung 2). Darüber hinaus war die österreichische Arbeitslosenquote im Juni 2010 die niedrigste in der EU-27 (Eurostat 2010).

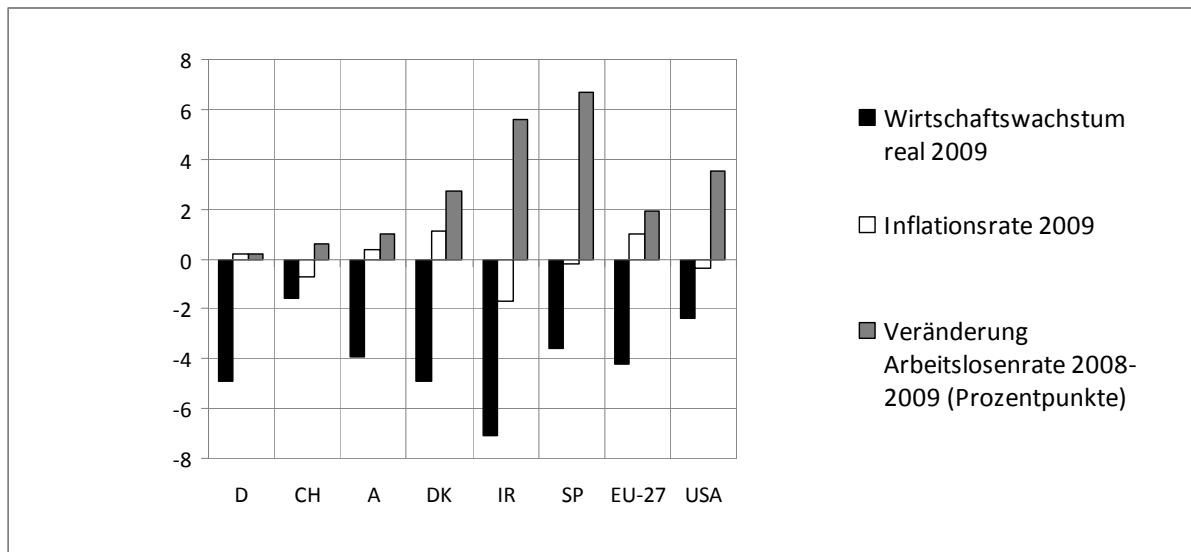


Abb. 1: Makroökonomische Entwicklung im Krisenjahr 2009 für EU-27 und ausgewählte OECD-Staaten (Daten: Eurostat, Arbeitslosenquote nach ILO-Definition).

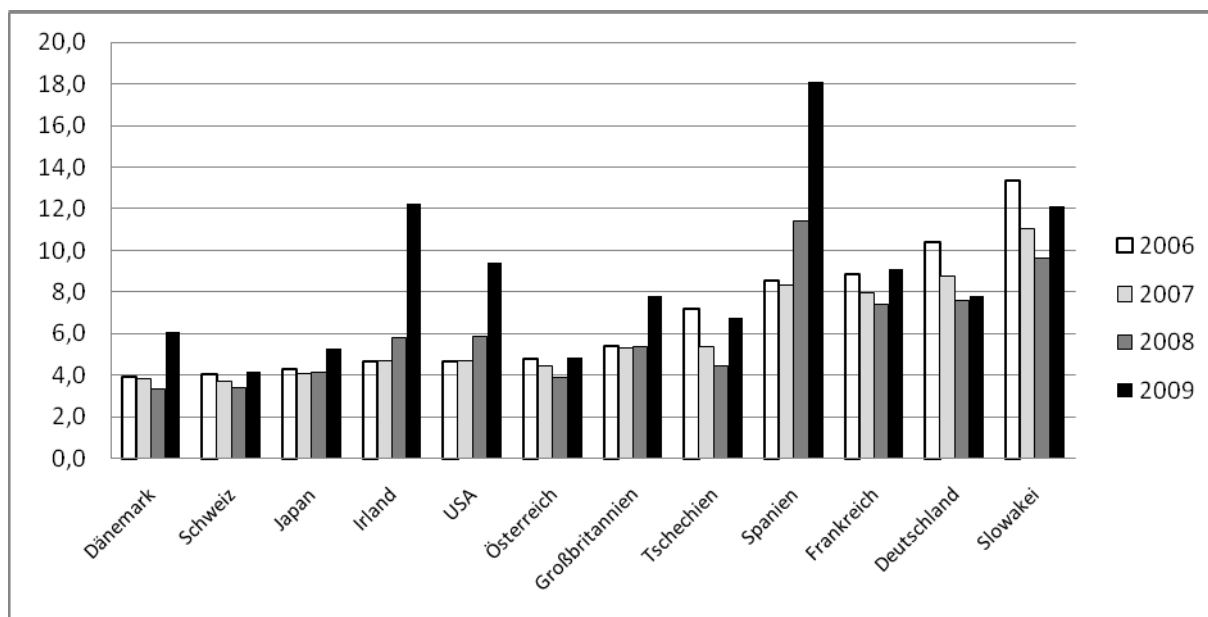


Abb. 2: Arbeitslosenquote 2006-2009 (ILO-Definition) (Daten: OECD 2010).

Betrachtet man die nächste Variable in Abbildung 1, die Inflationsrate (siehe dazu auch Kasten 1). Die Mehrzahl der Staaten zeigt eine Inflationsrate die nahe bei oder knapp unter 0% liegt. Die durch die abnehmende Produktion entstandene negative Outputlücke zwischen tatsächlichem Output und Vollbeschäftigungoutput führt zu einer Dämpfung des Preisanstiegs. Man spricht daher auch von einer deflationären Lücke. Sinkende Nachfrage führt zu Produktionsrückgängen, frei werdenden Kapazitäten sowie steigenden Lagerbeständen. Als Folge davon sind die Unternehmen gezwungen ihre Preise zu senken. Ein weiterer Wirkungskanal läuft über Lohnverhandlungen: Steigende Arbeitslosigkeit führt in der Regel zu niedrigeren Lohnabschlüssen, was

über die Kostenrechnung der Unternehmen wiederum in der Tendenz zu sinkenden Preisen führt. Den stärksten Rückgang des Preisniveaus verzeichnete Irland mit -1,7%; in Österreich stiegen die Preise um 0,4%. Damit sind zahlreiche Volkswirtschaften im Krisenjahr 2009 durch eine deflationäre Entwicklung gekennzeichnet. Allerdings ist diese Entwicklung zunächst nicht unmittelbar gleichzusetzen mit einer Deflation wie in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Beispielsweise gingen die Preise in den USA von März 2008 bis März 2009 um 0,4% zurück, der erste jährliche Rückgang seit 1955. Rechnet man aber aus dem dafür berücksichtigten Warenkorb jene Güter mit besonders hoher Preisschwankungsintensität (z.B. Rohöl) heraus, erhält man eine positive Inflationsrate von 1,8% (Kerninflationsrate) (The Economist, 7. Mai 2009) (Abb. 3).

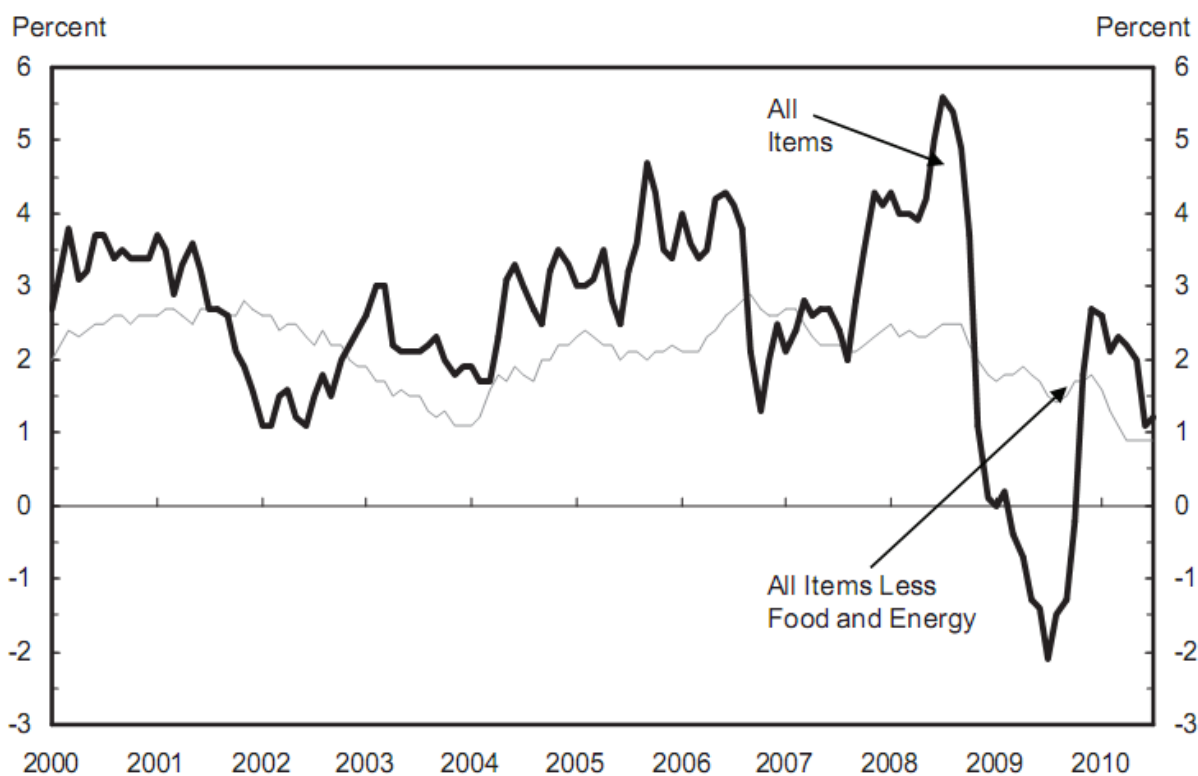


Abb. 3: Monatliche Veränderung des Konsumentenpreisindex im Vergleich zum Vorjahr in den USA. „All Items Less Food and Energy“ bezeichnet die Kerninflationsrate (Quelle: US Bureau of Labour Statistics 2010).

Dabei wirkt der durch fallende Nachfrage verursachte Preisrückgang bei Rohöl positiv auf die konjunkturelle Entwicklung in den erdölimportierenden Staaten. In diesem Sinne kann man durchaus von „Selbststabilisierungskräften des Marktes“ sprechen (Bofinger 2009). Erst ein persistenter Preisrückgang könnte einen deflationär verursachten zirkulären Schrumpfungsprozess verursachen (Bofinger 2010).

Die dritte in Abbildung 1 abgebildete Variable ist das reale Wirtschaftswachstum, oder anders ausgedrückt die Veränderung der produzierten Gütermengen. Einfach gesagt, reflektieren die Veränderung der Arbeitslosenquote sowie die Inflationsrate die Entwicklung des BIP. Sinkende

Produktion führt regelhaft zu steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Preisen. Volkswirtschaftliche Krisen finden ihren unmittelbaren Ausdruck in der Entwicklung des Sozialprodukts. Schrumpft die Produktion zwei Quartale hintereinander, spricht man im technischen Sinne von einer Rezession. Tatsächlich kam es in den meisten reichen Volkswirtschaften der Welt zu einer Rezession; in Österreich war der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2009 mit -3,9% der stärkste seit 60 Jahren. Den stärksten Einbruch der Produktion verzeichnete 2009 Irland mit -7,1%, den schwächsten Rückgang die Schweiz mit -1,6%.

Exkurs: Zum Zusammenhang von Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Krise

Die empirische Regularität zwischen der Veränderung der Arbeitslosenquote und dem Wachstum des realen BIP wird als Okun's Law bezeichnet (Blanchard & Illing 2009). Zwischen diesen beiden Variablen besteht ein negativ inverser Zusammenhang: Je höher das Wachstum desto stärker die Abnahme der Arbeitslosenquote. In Abbildung 1 zeigen zwei Staaten eine außergewöhnliche Entwicklung: Während in den USA bei einem Wachstumsrückgang von -2,4% die Arbeitslosenquote um 3,5 Prozentpunkte zunahm, verzeichnete Deutschland bei einem Wachstumsrückgang von -4,9% den niedrigsten Anstieg der Arbeitslosenquote in der EU-27 von lediglich 0,2 Prozentpunkten. Ein weiterer Vergleich liefert ein ebenfalls erstaunliches Ergebnis: Für die Jahre beiden Jahre 2008 und 2009 fiel das deutsche BIP mit 4% doppelt so stark wie das amerikanische, während die Beschäftigung um 0,7% Anstieg und in den USA um 5,5% abnahm.

Zunächst ist festzustellen, dass unterschiedliche institutionelle Ausgestaltungen des Arbeitsmarktes, etwa hinsichtlich Kündigungsschutz oder Kündigungsfristen, unmittelbaren Einfluss auf die Arbeitsmarktreaktion bei BIP-Veränderungen haben. Zeitarbeitskonten und Kurzarbeit sind beispielsweise wichtige Institutionen zur Erklärung der relativ niedrigen Zunahme der deutschen Arbeitslosigkeit (Zimmermann 2009). Typischerweise haben angelsächsische Ökonomien oder auch Dänemark (Flexicurity-System) relativ flexiblere Arbeitsmärkte, daher reagieren deren Arbeitslosenquoten auch sensibler auf Outputschwankungen (OECD 2010). Trotzdem können die divergierenden Entwicklungen zwischen Deutschland und den USA aber nicht alleine dadurch erklärt werden. So war etwa die Kurzarbeit nur für ein Viertel der Reduktion der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit in Deutschland verantwortlich. Das Wirtschaftsmagazin „The Economist“ präsentierte kürzlich eine mögliche Erklärung für dieses Entwicklungsdifferenzial (The Economist 2010, 10.Juli 2010): Demnach haben Unternehmen in Staaten wie Deutschland oder Japan, deren Ökonomien wesentlich durch einen negativen externen Nachfrageschock (Exportrückgang) getroffen wurden, den Nachfrageeinbruch als transitorisches Phänomen interpretiert. In Erwartung einer Persistenz der Wirtschaftsstruktur versuchten deutsche Unternehmen ihre möglicherweise teuer aus- und weitergebildeten Arbeitskräfte zu horten anstatt sie zu kündigen (Abb. 2). Demgegenüber sind Volkswirtschaften wie die amerikanische oder spanische durch einen Zusammenbruch eines auf der Bau- und Immobilienwirtschaft beruhenden Wachstumsregimes gekennzeichnet. Unternehmen rechnen hier mit einer nachhaltigen Veränderung der Wirtschaftsstruktur und versuchen über rasche Kündigungen die Produktivität der verbleibenden Arbeiter zu erhöhen. Gleichzeitig kommt es durch die sektorale Restrukturierung zu einem potentiell steigenden qualifikatorischen Mismatch zwischen dem Qualifikationsangebot der Arbeitslosen und der Qualifikationsnachfrage der expandierenden Sektoren. Ein Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit ist eine zu erwartende Folge.

4 Längerfristige Entwicklung regionaler Arbeitslosigkeit

Betrachtet man zunächst die nationale Entwicklung der Arbeitslosenquote und des Outputwachstums in der langen Frist (Abbildung 4), so zeigen sich für Österreich die für OECD-Staaten typischen stilisierten Fakten: Trendhaft ansteigende Arbeitslosenquote bei tendenziell sinkendem Wachstum. Am aktuellen Rand der Zeitreihe ist die Krisendynamik abzulesen: Während 2008 noch ein Jahreswachstum von 2% die nationale Arbeitslosenquote auf 5,8% drückte, was zugleich der niedrigste Wert seit 1991 (!) ist, zeigte sich Ende 2009 eine Abnahme der Wirtschaftsleistung um -3,9% und eine Zunahme der Arbeitslosenquote auf 7,2%.

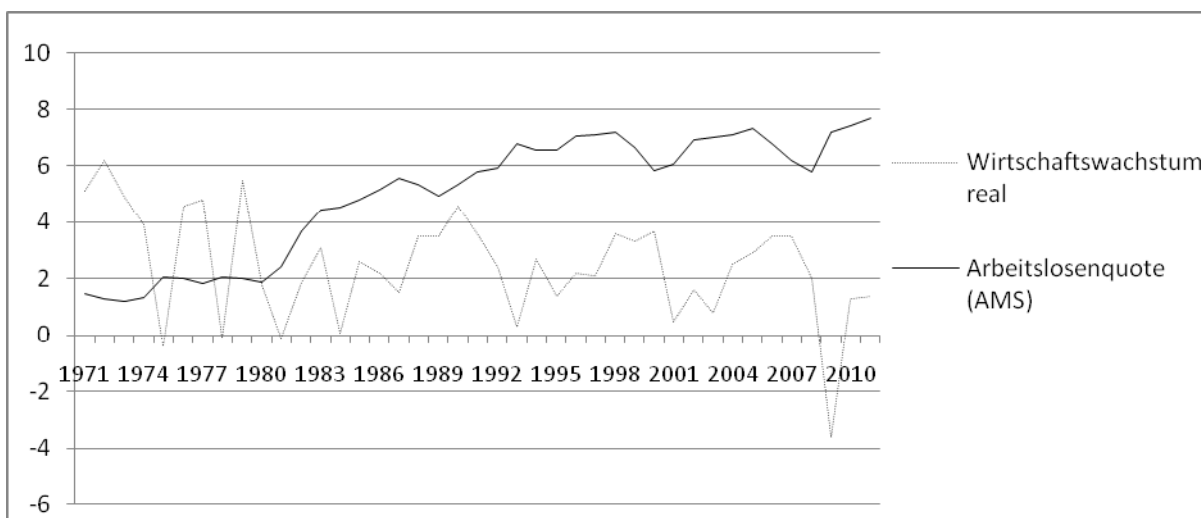


Abb. 4: Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in Österreich 1971-2011, (Daten: OECD, WIFO Prognose März 2010).

Das AMS stellt Datenreihen zu Arbeitslosenquoten für die Bundesländer ab 1961 zur Verfügung. Abbildung 4 zeigt deren Entwicklung bis inklusive 2009. Zunächst lässt sich feststellen, dass auch die Bundesländerdaten weitgehend die nationale Entwicklung (siehe Abbildung 3) reflektieren: Abnahme der Arbeitslosenquote bis in die 1970er Jahre und rasanter Anstieg ab den frühen 1980er Jahren. Das Jahr 1983 markiert in Österreich das Ende einer langen Vollbeschäftigungsperiode. Seitdem steigen die Quoten trendhaft von Zyklus zu Zyklus an.

Weiters ist in Abbildung 5 eine große Spannweite in der Arbeitsmarktperformance im inter-regionalen Vergleich erkennbar. Es finden sich fast zu jedem Zeitpunkt Regionen, in denen nahezu Vollbeschäftigung herrscht, neben Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit. So kam es in den frühen 1980er Jahre zu einem starken Anstieg der Arbeitslosenquote in den meisten Bundesländern, wobei diese im Burgenland auf ca. 9% in Vorarlberg dagegen nur auf etwa 2,5% anstieg.

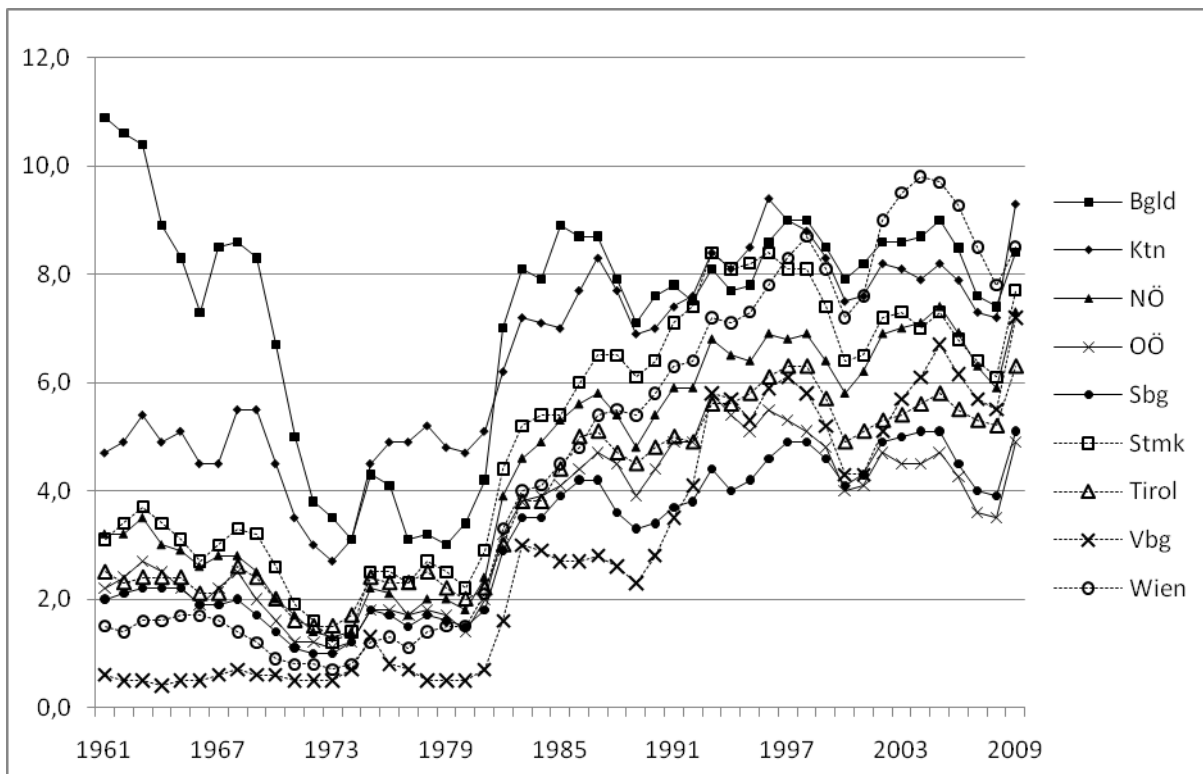


Abb. 5: Arbeitslosenquoten Bundesländer 1961-2009 (Daten: AMS).

Abbildung 5 gibt genauere Hinweise auf die langfristigen Rangpositionen der einzelnen Regionen in Bezug auf die Höhe der Arbeitslosenquote. Burgenland und Kärnten sind über den gesamten Beobachtungszeitraum entweder an erster, zweiter oder dritter Stelle in einer absteigend geordneten Reihe der Arbeitslosenquoten. Das heißt, in diesen Regionen ist die Erwerbsbevölkerung seit Jahrzehnten mit einer überdurchschnittlich schlechten Arbeitsmarktsituation konfrontiert. Dabei ist es nicht alleine das relativ höhere Risiko der Arbeitslosigkeit, das benachteiligend wirkt, sondern außerdem, „dass durch hohe Arbeitslosenquoten benachteiligte Regionen ein zweites Mal betroffen sind, da auch das Einkommen aus abhängiger Beschäftigung dort niedriger ist“ (Blien 2005, 55). Dies ist eine Konsequenz der Existenz einer sogenannten Lohnkurve, also des negativen Zusammenhangs zwischen Lohnniveau und Arbeitslosenquote in einer Region, und der geringeren Verhandlungsmacht von Gewerkschaften bzw. Arbeitnehmer/innen in Lohnverhandlungen unter Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit (Blanchard & Illing 2009). Badinger und Url (2002) bestätigen für Österreich den negativ inversen Zusammenhang von Lohnniveau und Arbeitslosenquote auf Ebene der politischen Bezirke, argumentieren aber die Kausalität über Opportunitätskosten: Bei niedrigem Lohnniveau sind die Opportunitätskosten der Arbeitslosigkeit und damit der Anreiz zur Beendigung des Zustands der Arbeitslosigkeit geringer. Die westösterreichischen Bundesländer Vorarlberg, Salzburg Oberösterreich und Tirol wiesen konstant relativ niedrige Arbeitslosenquoten auf. Bemerkenswert ist die Entwicklung Wiens: Bis in die späten 1970er Jahre hatte die Bundeshauptstadt eine der niedrigsten regionalen Arbeitslosenquoten, seitdem erfolgte jedoch eine rasanter Abstieg in der Rangordnung der Bundesländer und von 2002 bis 2008 hatte Wien gar die höchste Arbeitslosenquote in Österreich. Kein anderes

Bundesland veränderte seine Position so stark wie Wien. Diese Entwicklung Wiens ist im Einklang mit der von Fassmann und Meusburger (1997) postulierten Ablöse des „alten“ Raummusters der Arbeitslosigkeit, welches einen stetigen Anstieg der Arbeitslosenquote vom Zentrum zur Peripherie annahm, von einem „neuen“ Raummuster mit hohen Arbeitslosenquoten in Peripherie und Zentrum und niedrigeren Quoten in den zwischen Zentrum und Peripherie liegenden Raumeinheiten. Die Transformation der traditionellen räumlichen Struktur der Arbeitslosigkeit mit niedriger Arbeitslosenquote in den Zentren wurde durch Deindustrialisierung und sozial selektive Suburbanisierung eingeleitet und vorangetrieben (vgl. Fassmann & Meusburger 1997, S.164).

Betrachtet man die Streuung zwischen den Bundesländern, so kam es in der Wachstumsphase der 1960er und frühen 1970er Jahre zu einer starken Konvergenzbewegung der Arbeitslosenquoten, hervorgerufen durch eine besonders deutliche Verbesserung der Arbeitsmarktlage in den Bundesländern mit den höchsten Ausgangswerten zu Beginn der hier vorliegenden Datenreihe. Neben dieser großen Spannweite der Arbeitsmarktergebnisse zeigt sich zusätzlich eine hohe Persistenz in der Rangordnung der Bundesländer hinsichtlich der Variable Arbeitslosenquote.

5 Kurzfristige Arbeitsmarktreaktionen in der Krise

Wie reagierten die regionalen Arbeitsmärkte auf den scharfen Wachstumsrückgang in der aktuellen Krise? Wenig überraschend kam es in allen Bundesländern und Arbeitsmarktbezirken zu einer Zunahme der Arbeitslosenquote. Das generelle räumliche Muster der Arbeitslosigkeit in Österreich erfuhr jedoch auch im Jahr 2009 keinen fundamentalen Umbruch. Oberösterreich und Salzburg waren 2009 genau so wie in den Jahren davor jene Bundesländer mit der geringsten Arbeitslosenquote. Kärnten, Burgenland und Wien waren auch 2009 die Spitzenreiter in der Rangliste der regionalen Arbeitslosenquoten. Als Spannweiten für 2009 ergeben sich folgende Werte: Das Minimum auf Ebene der Arbeitsmarktbezirke betrug 3,6% im Arbeitsmarktbezirk Eferding, während das Maximum in Spittal/Drau bei 11,1% lag. Auf Bundesländerebene hatte 2009 Oberösterreich mit 4,9% die niedrigste und Kärnten mit 9,3% die höchste Arbeitslosenquote.

Neben der Persistenz und der vor diesem Hintergrund zu beurteilenden kurzfristigen Dynamik zeigen sich aber für den Zeitraum der Rezession systematische Unterschiede in den regionalen Arbeitsmarktdynamiken. Abbildung 5 stellt in indexierter Darstellung die regional höchst ungleiche Entwicklung von Arbeitslosenbestand und Schulungsteilnehmern seit März 2008 dar. Die auf Monatsdaten beruhenden Datenreihen zeigen deutliche konjunkturelle Effekte. Der Winter von 2008-2009 und von 2009-2010 führte zu Anstiegen über den Trend. Der Trend zeigt insgesamt eine deutlich ansteigende Tendenz. Während im Sommer 2008 noch alle Bundesländer unter dem Ausgangsniveau von März 2008 lagen, ist die Situation im Sommer 2009 gänzlich anders. Einzig das Burgenland liegt auch hier unter dem Ausgangsniveau. Die Bundesländer mit den höchsten Werten über dem Ausgangsniveau im Betrachtungszeitraum sind Tirol, Salzburg und Oberösterreich. Oberösterreich hat die stärkste Zunahme von März 2008 bis März 2010 von 100 auf 157,7, d.h. die Zahl der Arbeitslosen und Schulungsteilnehmer/innen stieg in diesem Zeitraum um ca. 58%. Erstaunlich geringe Schwankungen zeigt der Wiener Arbeitsmarkt. Er weist nicht nur den zweitniedrigsten Anstieg zwischen März 2008 und März 2010 auf, sondern auch gleichzeitig die

geringste Volatilität. Demgegenüber hat das Burgenland zwar die geringste Zunahme in den zwei Jahren ab März 2008 (von 100 auf 115,9) aber dafür eine wesentlich stärkere Zyklizität. Offenbar sorgen Tourismus, Bauwirtschaft und Landwirtschaft für eine im Vergleich zu Wien höhere Sensibilität der Arbeitslosigkeit.

Kombiniert man Daten zum Ausgangsniveau mit der in Abbildung 6 dargestellten Entwicklung so zeigt sich ein negativer Zusammenhang zwischen Ausgangsniveau der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2007 bzw. 2008 und der Zunahme von Arbeitslosen und Schulungsteilnehmer/innen in den zwei Jahren zwischen März 2008 und März 2010. Bundesländer mit niedrigem Ausgangsniveau der Arbeitslosigkeit zeigten eine starke Zunahme der Arbeitslosen (z.B. Oberösterreich, Salzburg oder Vorarlberg), während Regionen mit hohem Ausgangsniveau relativ geringe Zunahmen von Arbeitslosen und Schulungsteilnehmer/innen zu verzeichnen hatten (z.B. Wien oder das Burgenland). Einen Sonderfall stellt Kärnten dar. Kärnten hatte 2007 mit 7,3% die dritthöchste Arbeitslosenquote hinter Wien (8,3%) und dem Burgenland (7,6%). Die Zunahme war mit rund 40% die vierthöchste und etwa gleichauf mit Vorarlberg. Damit veränderte Kärnten auch seine Rangposition in der Arbeitslosenhierarchie und führt mit 9,3% für das Jahr 2009 die Rangliste vor Wien und dem Burgenland an. Damit verschlechterte sich Kärnten im Zuge der Wirtschaftskrise um zwei Rangplätze.

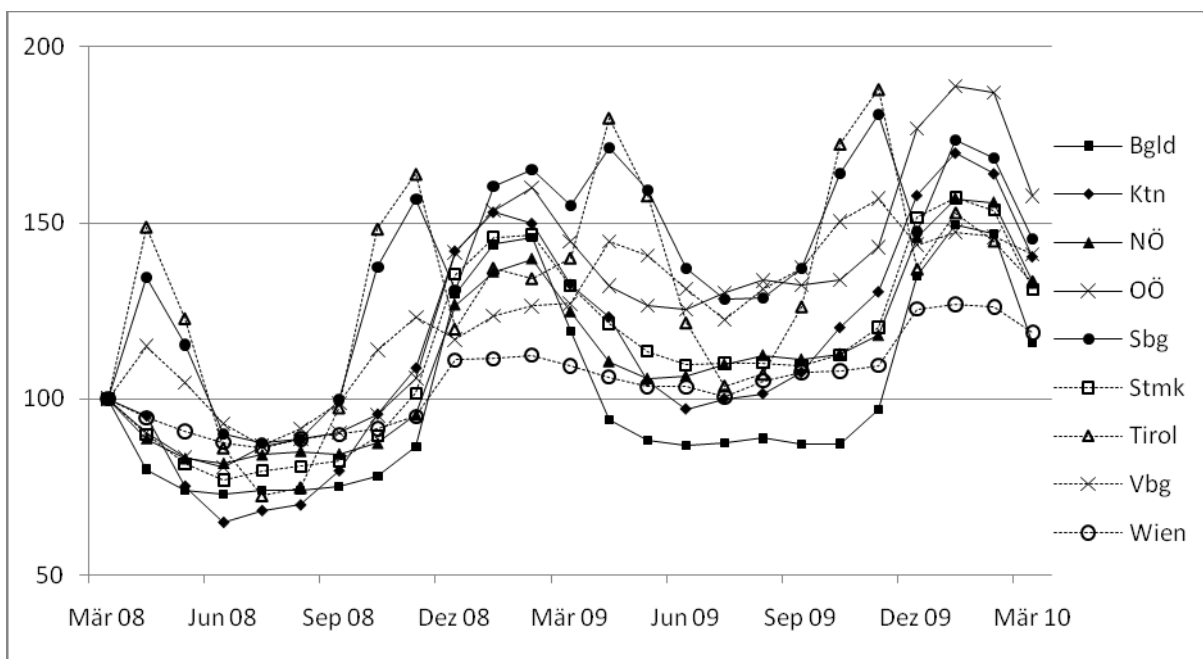


Abb. 6: Arbeitslosenbestand und Schulungsteilnehmer 3/2008-3/2010 Monatswerte (März 2008=100), (Daten: AMS, BALI Datenbank).

Neben dem Anstieg der arbeitslosen und Schulungen besuchenden Personen ist auch die Kurzarbeit als ein Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik von quantitativer Bedeutung zu berücksichtigen. Ihre Entwicklung in den Bundesländern kann als ein Indikator für räumlich differenzierte Effekte der Wirtschaftskrise interpretiert werden. Bei der Kurzarbeit handelt es sich um die zeitlich befristete Herabsetzung der Normalarbeitszeit auf der Basis sozialpartnerschaftlich vereinbarter

Rahmenbedingungen. Die Arbeitnehmer/innen erhalten dabei für jede Ausfallstunde bzw. für jede für Qualifizierungsmaßnahmen eingesetzte Arbeitszeit eine Kurzarbeits- bzw. Qualifizierungsunterstützung. Diese Kosten werden dem Unternehmen nach Pauschalsätzen vom Arbeitsmarktservice ersetzt. Der zeitlich optimale Einsatzzeitraum dieses Instruments liegt dabei in den frühen Phasen des Abschwungs, da hier durch die erhöhte Unsicherheit Unternehmen zu mittelfristig ineffizienten Kündigungsentscheidungen neigen. Die Kurzarbeit soll also eine temporäre und flexible Anpassung des Arbeitsangebots ermöglichen bei gleichzeitiger Reduktion des Verlusts unternehmensspezifischen Humankapitals durch überhöhte Kündigungen seitens der Unternehmen. Für die Arbeitnehmer/innen stellt sie einen Schutz vor Arbeitslosigkeit und damit verbundenen noch stärkeren Einkommensverlusten dar. Damit leistet sie im Abschwung einen Beitrag zur Stabilisierung der Nachfrage. Im Zeitraum zwischen Oktober 2008 und März 2010 machten österreichische Unternehmen intensiv von diesem Instrument Gebrauch. Der nationale Höchststand an Kurzarbeit wurde im April 2009 mit etwa 56 700 Personen erreicht, wobei die großen industriell geprägten Bundesländer Oberösterreich, Steiermark und Niederösterreich mit Abstand die höchsten Zahlen an Kurzarbeiter/innen aufwiesen.

6 Räumliche Disparitäten regionaler Arbeitslosigkeit im Konjunkturzyklus

Neben Daten zur Arbeitsmarktlage auf Bundesländerebene gibt die Entwicklung der Arbeitslosenquoten auf Ebene der 89 Arbeitsmarktbezirke (inkl. Wien) ein wesentlich detaillierteres Bild der regionalen Auswirkungen der Krise. Die Abbildungen 7, 8 und 9 zeigen die prozentuale Veränderung der Arbeitslosenquote in den jeweiligen Extremgruppen: stärkste Zunahme, schwächste Zunahme, schwächste Abnahme und stärkste Abnahme. Dabei zeigen die Abbildungen jeweils Jahresdaten und unterschiedliche konjunkturelle Situationen. Abbildung 7 bildet eine Hochkonjunktursituation ab, Abbildung 8 zeigt einen sich anbahnenden Abschwung und Abbildung 9 repräsentiert ein rezessives Moment im Konjunkturzyklus. Im Einklang mit dieser Positionierung im Zyklus zeigen die Abbildungen typische Reaktionen der Arbeitslosenentwicklung. Abbildung 7 zeigt, dass im Jahr der Hochkonjunktur die österreichische Arbeitslosenquote um ca. 8% abnahm. Weiters gibt es in dieser wachstumsstarken Phase keinen Arbeitsmarktbezirk mit zunehmender Arbeitslosigkeit. Anders formuliert: Das Wachstum ist stark genug, um in jeder Region „anzukommen“. Die niedrigste Abnahme der Arbeitslosigkeit findet in den beiden Tiroler Arbeitsmarktbezirken Kitzbühel und Innsbruck statt. Am stärksten wird die Arbeitslosenquote in Scheibbs (NÖ) und Steyr (OÖ) reduziert. Besonders auffallend ist die Überrepräsentation oberösterreichischer Arbeitsmarktbezirke unter den 10 Bezirken mit der stärksten Abnahme der Arbeitslosenquote: 8 von 10 Bezirken liegen in Oberösterreich.

Abbildung 8 stellt mit Zahlen für die Veränderung von 2007-2008 die Situation der einsetzenden Krisenphase dar. Damit treten in Abbildung 7 zugleich jene Regionen hervor, welche besonders früh von der Wirtschaftskrise erfasst wurden. Im Gegensatz zum Vorjahr zeigt sich keine einheitliche Entwicklung mehr, wenngleich die nationale Arbeitslosenquote bei einem Jahreswachstum real 2% noch um ca. 13% von 6,2% (2007) auf 5,8% (2008) abnahm. Während in einigen Arbeitsmarktbezirken auch noch 2008 im Einklang mit dem österreichischen Durchschnitt die Arbeits-

losenquote weiter sinkt, steigt sie in anderen bereits an. Erstaunlich ist der hohe Anteil von steirischen Arbeitsmarktbezirken in der Extremgruppe der Bezirke mit den höchsten prozentuellen Rückgängen der Arbeitslosenquote: 5 von 10 der Bezirke sind in der Steiermark lokalisiert. Auf der anderen Seite der Verteilung ist erneut Oberösterreich überrepräsentiert. Drei der 10 Bezirke mit der stärksten Zunahme der Arbeitslosenquote liegen in Oberösterreich.

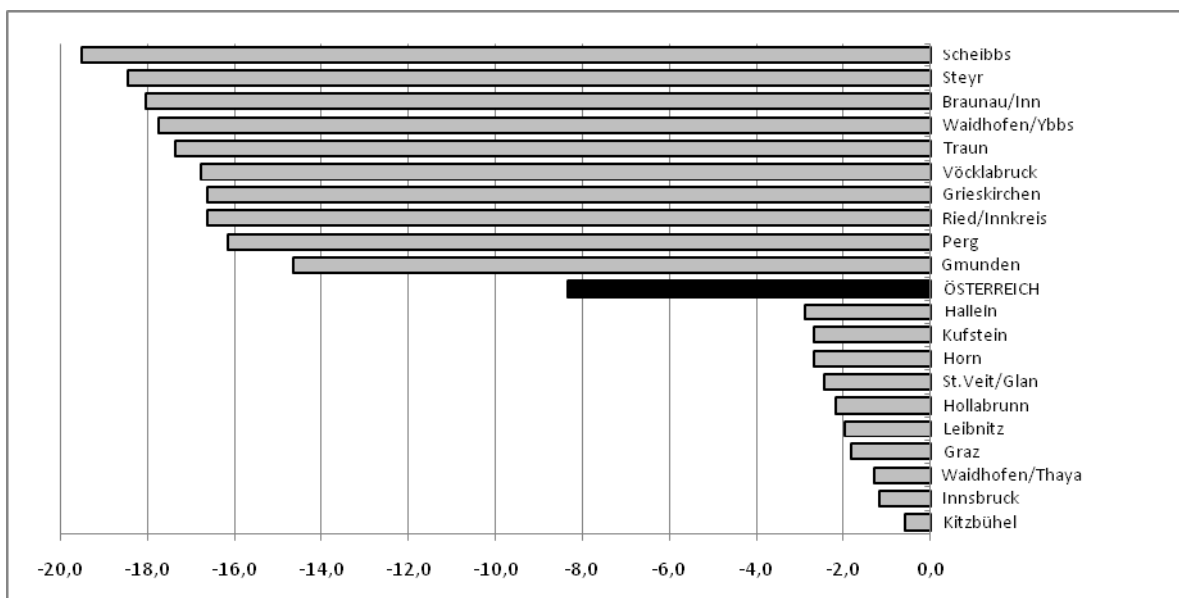


Abb. 7: Abnahme der Arbeitslosenquote in der Hochkonjunktur (2006-2007) in %, Arbeitsmarktbezirke Extremgruppen (Top 10) (Daten: AMS).

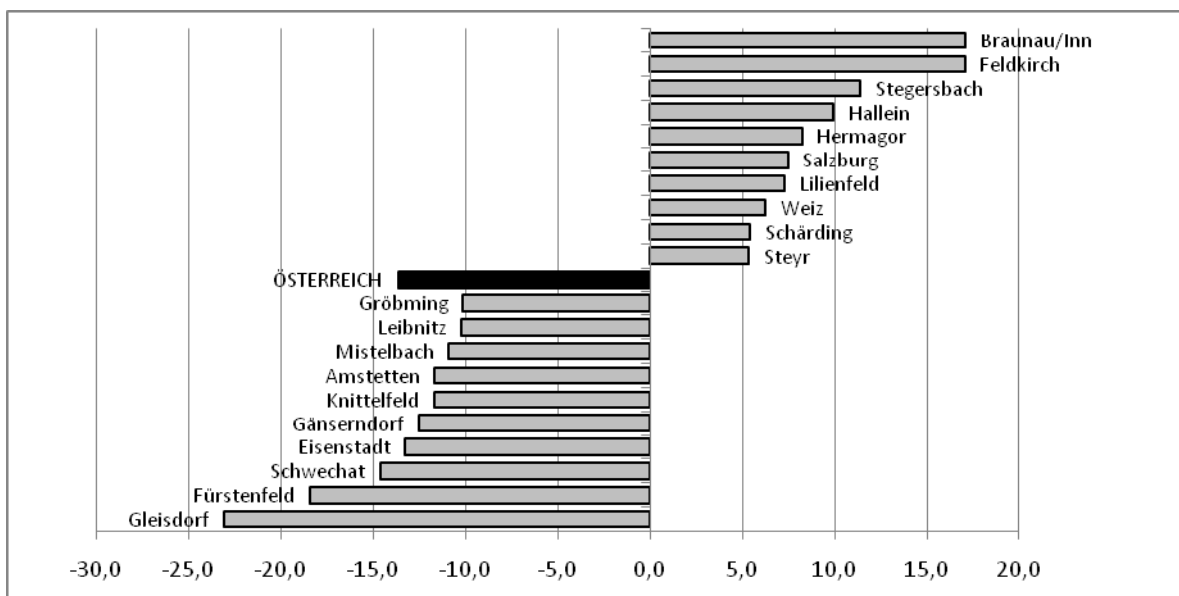


Abb. 8: Duale Entwicklung der Arbeitslosenquote in der Abschwungsphase (2007-2008) in %, Arbeitsmarktbezirke Extremgruppen (Top 10) (Daten: AMS).

Abbildung 9 stellt die Entwicklung für den Höhepunkt der Krise dar. Das nationale Wachstum betrug 2009 -3,9% gegenüber dem Vorjahr und die nationale Arbeitslosenquote kletterte von 5,8 auf 7,2%. Die Rezession erreicht alle Arbeitsmarktbezirke ohne Ausnahme. Die stärksten Zunahmen der Arbeitslosenquote liegen bei fast 80% in Waidhofen/Ybbs, wo sich die Arbeitslosenquote beinahe verdoppelte, von 3,2% (2008) auf 5,7% im Jahr 2009. Demgegenüber hat sich auf der anderen Extremseite der Verteilung die Arbeitslosenquote in Waidhofen/Thaya um lediglich 0,3 Prozentpunkte von einem freilich wesentlich höheren Ausgangsniveau von 8,4 auf 8,7% erhöht. Erneut sind oberösterreichische Arbeitsmarktbezirke in der Extremgruppe der Arbeitsmarktbezirke mit der höchsten Zunahme der Arbeitslosenquote überrepräsentiert: Vier von diesen 10 Bezirken liegen in Oberösterreich.

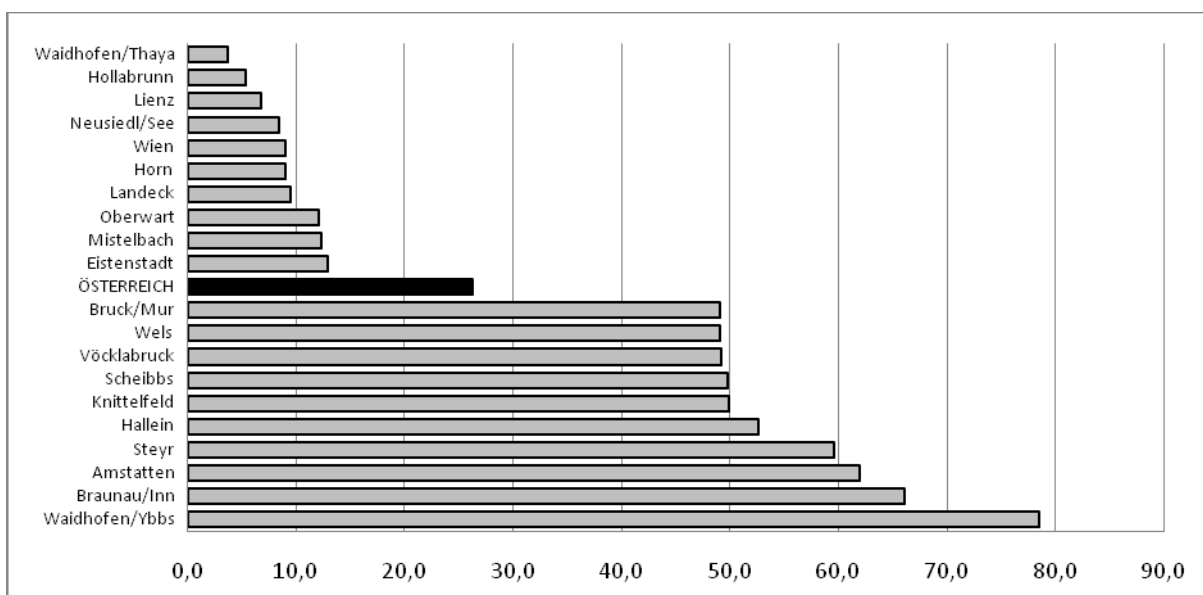


Abb. 9: Zunahme der Arbeitslosenquote in der Wirtschaftskrise (2008-2009) in %, Arbeitsmarktbezirke Extremgruppen (Top 10) (Daten: AMS).

Betrachtet man alle drei Verteilungen zusammen, so ist bereits mehrmals auf die Überrepräsentation Oberösterreichs in den Extremgruppen hingewiesen worden. Während Oberösterreichs Arbeitsmarktbezirke in der Hochkonjunktur weit überdurchschnittlich von dieser Wachstumsphase profitieren und ihre Arbeitslosenquoten abbauen konnten, wurden sie gleichzeitig besonders stark von der Krise getroffen. Damit sind die hier dargestellten deskriptiven Ergebnisse im Einklang mit den Ergebnissen von Huber (2009), der für Oberösterreich eine überdurchschnittliche Volatilität der Wirtschaftsentwicklung im Konjunkturzyklus feststellt.

Neben regelhaften Effekten ist bei kleinräumiger Betrachtung freilich immer auch mit idiosynkratischen nicht-systematischen Effekten zu rechnen. Ein gutes Beispiel hierfür liefert der Arbeitsmarktbezirk Hallein. Dieser Bezirk zählte in allen drei Jahren zu den Extremgruppen, was auf eine gewisse Regelmäßigkeit hindeuten würde. Tatsächlich hat es sowohl 2008 (Kosmetikproduzent Johnson & Johnson) als auch 2009 (Papierfabrik M-Real) Werksschließungen bzw. Entlassungswellen von beträchtlichem Ausmaß gegeben, die jedoch beide alleine auf unternehmens-

interne und konjunkturunabhängige Restrukturierungsprozesse zurückzuführen sind. Damit handelt es sich in Hallein um keine krisenbedingte Zunahme der Arbeitslosenquote, sondern um eine zufällige zeitliche Koinzidenz unternehmerischer Entscheidungen mit einem scharfen Wachstumseinbruch.

7 Warum gibt es regionale Konjunkturzyklen?

Welche Erklärungsansätze gibt es, um die räumliche Variation der Wirtschaftskrise auf regionaler Ebene zu erklären? Zunächst einmal zeigt sich, dass die in Standardlehrbüchern und Handbüchern der Wirtschaftsgeographie dargestellten Theorieansätze kaum dazu geeignet erscheinen, einen Erklärungsbeitrag zu liefern (Bathelt & Glückler 2003; Clark & Feldman, Gertler 2003). Innovations-systeme, Cluster, Innovative Millieus, Industriedistrikte, New Economic Geographie oder Neue Wachstumstheorie bieten zwar durchaus gehaltvolle Erklärungen für mittel- bis langfristig bestehende räumlich unterschiedliche Wachstumsdynamiken. Sie versagen jedoch bei der Erklärung kurzfristiger, d.h. konjunktureller Phänomene. Der zentrale Theoriebeitrag zum Verstehen der Konjunktur stammt vom Engländer John Maynard Keynes (Willke 2002, Bofinger 2003, Blanchard & Illing 2009). Seine These: Das Beschäftigungsniveau ist abhängig von der Produktion, deren Höhe wiederum von der Nachfrage bestimmt wird. Veränderungen der einzelnen Nachfragebestandteile [Konsum, Staatskonsum, Investitionen, (Exporte-Importe)] führen über sog. Multiplikatoreffekte zu überproportionalen Veränderungen der Produktion und Beschäftigung. Eine wirtschaftsgeographische Übersetzung keynesianischer Überlegungen ist die Exportbasistheorie, die zeigt, wie sich Einkommen und Beschäftigung in einer Region in Abhängigkeit von der regionsexternen Nachfrage nach regional produzierten Produkten verändern. Da die unmittelbare Übertragung der Rezession nach Österreich über den internationalen Nachfrageverbund, d.h. einen Ausfall der Exportnachfrage erfolgte, hat diese Theorie einen potenziellen Erklärungswert. Nimmt man weiters an, dass alleine Industriegüter gehandelt werden können, so gelangt man zu der theoretisch begründeten Hypothese, dass vor allem Industrieregionen von der Krise negativ betroffen waren bzw. sind. Sofern die Konsumnachfrage einen geringeren Rückgang als die Exportnachfrage zeigt (was tatsächlich auch der Fall ist), sollten Dienstleistungsregionen, d.h. urbane Ökonomien, weniger von der Krise getroffen werden.

Neben diesen systematischen Überlegungen gibt es auch einen pragmatischen Ansatz zur Erklärung regionaler Krisenvariation. Dabei werden aufgrund empirischer Regelmäßigkeiten sowie durch Intuition Faktoren angegeben, die unterschiedliche Vulnerabilitäten von Regionen erklären sollen. Eckey (2008) nennt diesbezüglich drei Faktoren, die die konjunkturelle Schwankungsintensität positiv beeinflussen: (1) Ein Übergewicht konjunktursensibler Branchen; (2) überdurchschnittlich viele Zweigbetriebe, die als Grenzproduzenten als erste von Entlassungen bzw. Werkschließungen betroffen sind, weil die mögliche Einstellung der vorwiegend geringqualifizierten Arbeitskräfte nach Ende der Rezession mit geringen Transaktionskosten verbunden ist; (3) viele Kleinunternehmen erhöhen durch mangelnde innerbetriebliche Puffer bei Auftragsrückgängen ceteris paribus den relativen Anstieg der Arbeitslosigkeit bei gleichem BIP-Rückgang. Empirische Untersuchungen zu räumlich differenziert wirkenden nationalen Konjunkturzyklen betonen eben-

falls die Bedeutung der Branchenstruktur. Für die USA in der großen Depression liegt eine ökonomische Untersuchung von Rosenbloom und Sundstrom (1999, S.744f.) vor, die zu folgender Erklärung für die regionale Variation der Intensität der Depression kommen: „We have shown that regional variation in the severity of the Great Depression in manufacturing can be attributed largely to two factors: regional differences in trend employment growth, and regional differences in industrial composition. (...) the severity of the Depression downturn did not actually differ across regions, once we account for trends and industry structure.“

Auch für Österreich kann gezeigt werden, dass für das Ausmaß des Anstiegs der Arbeitslosigkeit während des Konjunkturabschwungs die regionale Branchenstruktur entscheidend war (Reiner & Lengauer 2010). Im Folgenden wird aufgrund der Datenverfügbarkeit die Outputentwicklung betrachtet. Es ist jedoch naheliegend, dass Produktion und Arbeitslosenquote annähernd parallele Entwicklungsmuster aufweisen, vor allem innerhalb eines Staates mit homogenen Arbeitsmarktinstitutionen (siehe Exkurs). Allerdings gibt es Hinweise dass die auch hinsichtlich der bundesländerspezifischen Inanspruchnahme national einheitlicher Maßnahmen Unterschiede bestehen, z.B. im Einsatz von Kurzarbeit. Somit existiert auch hier offenbar ein gewisser diskretionärer Spielraum der Landespolitik, welcher regionale Unterschiede jedenfalls mitbeeinflussen könnte.

Österreichweit wurde die Sachgüterproduktion am stärksten von der Krise beeinträchtigt, insbesondere der Fahrzeugbau, die Metallbearbeitung und der Maschinenbau. Demnach waren also die industriellen Zentren besonders stark von der Krise betroffen. Dies stimmt mit den beobachteten Entwicklungen überein und lässt sich sowohl auf Bundesländer- als auch auf Arbeitsmarktbezirksebene zeigen (Reiner & Lengauer 2010). Ein ähnliches Bild ergibt sich auch für Deutschland, wo ebenfalls die exportierte Sachgüterindustrie und ihre Standorte den stärksten Wertschöpfungseinbruch verzeichneten. Insbesondere die stark industrialisierten süddeutschen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern und waren von der Krise wesentlich stärker betroffen als die eher deindustrialisierten ostdeutschen Bundesländer (Zierahn 2010).

Ist damit die Krise einer Region ausschließlich eine Funktion ihrer Branchenstruktur? Nein, wenn gleich diese sicherlich den höchsten Erklärungsbeitrag liefert. Abbildung 10 zeigt, dass sich die gleichen Branchen regional durchaus auch unterschiedlich entwickelt haben. Wie lässt sich das erklären?

Schauen wir uns zunächst die Entwicklung der am stärksten von der Krise betroffenen Branche an, der Sachgütererzeugung (= Waren und Bergbau in Abbildung 9, wobei letzterer kaum von Bedeutung ist). In allen Bundesländern ging die Produktion von Sachgütern zurück. Lässt man Wien unberücksichtigt, liegt die Spannweite noch immer bei über 20 Prozentpunkten. Drei Erklärungsfaktoren könnten dabei eine Rolle spielen: Erstens weisen die einzelnen Bundesländer unterschiedliche Exportorientierungen auf. Je nach dem also, wie sich die jeweilige Exportnachfrage der wichtigsten Handelspartner entwickelte, kam es in den einzelnen Bundesländern zu unterschiedlich starken Nachfrageausfällen. So erlebten die stärker nach Deutschland orientierten westösterreichischen Regionen einen geringeren Produktionsausfall als die Steiermark und Kärnten, die von der nachlassenden Nachfrage in Italien beeinträchtigt waren (Huber, Kunnert & Nowotny 2010). Zweitens könnte eine heterogener Unternehmensbesatz der Unternehmen des gleichen Sektors eine Rolle spielen. Wenn es zutrifft, dass oberösterreichische Industrieunternehmen eine über-

durchschnittliche Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität besitzen so wäre dies z.B. eine weitere mögliche

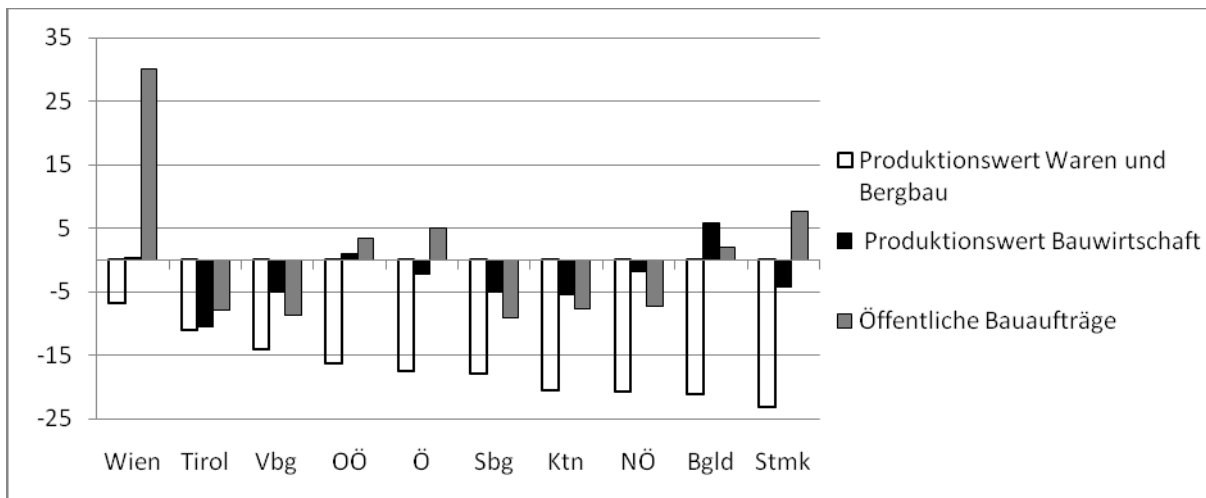


Abb. 10: Nach Bundesländern differenzierte Branchen- und Auftragsentwicklung, Veränderung 2008-2009 in % (Daten: Huber/Kunnert/Nowotny 2010).

Ursache für die relativ bessere Performance im Vergleich zum zweiten wichtigen Industriebundesland, der Steiermark (Bank Austria 2010). Mögliche Indikatoren zur Darstellung von Wettbewerbsfähigkeitsdifferenzialen wäre etwa der in Oberösterreich überdurchschnittlich hohe Beitrag des Unternehmenssektors zur F&E-Finanzierung sowie die Führungsposition in Bezug auf österreichische und europäische Patentanmeldungen (Mayerhofer 2009). Eine Erklärung für diese Heterogenität ist sowohl in historischen Entwicklungspfaden als auch institutionellen Unterschieden zu suchen. Drittens ist festzustellen, dass auch der Sachgütersektor in den einzelnen Bundesländern durchaus unterschiedlich zusammengesetzt ist. Damit könnte man erneut das Branchenstrukturargument ins Treffen führen. Somit könnte sich die räumliche behauptete Variation der Branchendynamiken als Artefakt einer nicht hinreichend disaggregierten Branchenbetrachtung darstellen. Tatsächlich zeigt sich jedoch auch bei einer feineren Unterteilung des ÖNACE-Abschnitts „Herstellung von Waren“ in 24 Abteilungen bzw. Untergruppen, dass auch hier durchaus beträchtliche regionale Unterschiede bestehen. In der besonders stark von der Krise erfassten Autoindustrie, schrumpfte die Produktion in der Steiermark um -40.5%, während sie in Oberösterreich um -21.3% abnahm. Hier ist erneut auch auf krisenexterne Faktoren zu verweisen: Magna, das für den steirischen Automobilcluster wichtigste Unternehmen, produzierte 2009 mit etwa 56 620 Autos nur ca. halb so viele wie 2008; 2006, im bislang besten Geschäftsjahr von Magna Steyr, wurde ca. eine viertel Million Autos gefertigt, Dieser Rückgang ist neben dem krisenbedingten Nachfrageeinbruch auch auf die Position Magnas als Auftragsfertiger für andere Automobilunternehmen wie BMW oder Chrysler zurückzuführen. Ein Teil der Produktionsaufträge lief unabhängig von der Krise aus und verstärkte so den Beschäftigungsabbau. Mitte 2010 läuft die Produktion des bisherigen Hauptumsatzträgers X3 (BMW) aus; BMW wird das Nachfolgemodell selbst produzieren (<http://steiermark.orf.at/stories/401296/>, 7.9.2010).

Abbildung 9 zeigt neben Sachgütererzeugung auch die Entwicklung der Bauwirtschaft, einer ebenfalls regionalwirtschaftlich bedeutsamen Branche. Für die Bauwirtschaft ergibt sich ein räumlich variables Bild. Während der Produktionswert in Wien, Burgenland und Oberösterreich zunahm, schrumpfte dieser in den restlichen Bundesländern. Ein Erklärungsfaktor dafür ist ebenfalls in Abbildung 9 dargestellt: Räumlich differenziert vergebene öffentliche Bauaufträge. Wien, Oberösterreich und das Burgenland konnten aufgrund der steigenden öffentlichen Bauaufträge auch einen wachsenden Produktionswert der Bauwirtschaft realisieren. Wenngleich dies zwar auch für die Steiermark zutrifft, scheint hier der Ausfall der privaten Nachfrage zu groß gewesen zu sein, um von der steigenden öffentlichen Nachfrage kompensiert zu werden. Somit produziert die öffentliche Hand durch öffentliche Investitionen im Rahmen der Konjunkturpakete räumlich differenzierte Branchenentwicklungen und als Folge davon regional variable Rezessionsmuster.

8 Regionalpolitische Implikationen

Abschließend soll nach möglichen regionalpolitischen Implikationen gefragt werden. Typischerweise wird in Debatten um Strategien für eine regionale Wirtschaftspolitik der trade-off von Wachstumsziel und Ausgleichsziel diskutiert. Im Fall der hier vorgelegten Studie ist der zentrale Ausgangspunkt aber ein anderer, nämlich der deutlich erkennbare Zielkonflikt zwischen dem Wachstums- und dem Stabilisierungsziel im Konjunkturzyklus (Schätzl 1994, Eckey 2008). Während das Wachstumsziel die Maximierung des Sozialprodukts durch eine optimale räumliche Allokation der Faktoren anstrebt, soll nach dem Stabilisierungsziel die strukturelle und konjunkturelle Krisenanfälligkeit minimiert werden. Nach der Analyse in Kapitel 5 liegt der Ansatzpunkt einer dem Stabilisierungsziel verpflichteten Regionalpolitik in einer Diversifizierungsstrategie hinsichtlich Branchen- und Betriebsgrößenportfolio. Bedenkt man die gegenwärtige Orientierung und Schwerpunktsetzung regionaler Wirtschaftspolitiken auf die Förderung exportorientierter Cluster zur Ausnutzung positiver Externalitäten aufgrund von Agglomerationsvorteilen, so stellt sich die Frage, ob diese Form der Regionalpolitik nicht systematisch zur Produktion überdurchschnittlich krisenanfälliger Regionalwirtschaften beiträgt. Es ist jedoch fraglich, ob eine Diversifizierung etwa von Oberösterreich zu mehr konsumorientierten Aktivitäten tatsächlich ohne signifikante gesamtwirtschaftliche Effizienzverluste möglich ist. Schließlich wird Österreich als kleine offene Volkswirtschaft sein Wohlstandsniveau immer nur unter Aufrechterhaltung offener Märkte und einer starken Exportorientierung halten können. Im Sinne der Wohlfahrt der abhängig Beschäftigten sowie der trotzdem phasenweise schwächelnden Binnennachfrage und einer von Leistungsbilanzungleichgewichten gekennzeichneten Europäischen Union sollte aber eine exportorientierte Entwicklung im Einklang mit einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik stehen.

9 Literatur

Aiginger, K. (2009): The great recession vs. the great depression. Stylised facts in siblings that were given different foster parents. WIFO Working Paper, Nr. 354.

- Badinger, H & Url, T. (2002): Determinants of regional unemployment: Some evidence from Austria. In: *Regional Studies*, 36, S. 977-988.
- Bathelt, H. & Glückler, J. (2003): *Wirtschaftsgeographie. Ökonomische Beziehungen in räumlicher Perspektive*. 2.Aufl. Stuttgart: Eugen Ulmer.
- Blanchard, O. & Illing, G. (2009): *Makroökonomie*. 5. Aufl. München: Pearson.
- Bank Austria (2010): *Bundesländer im Überblick*.
- Blien, U. (2005): Arbeitslosigkeit. In: Ritter, E.-H. (Hg.), *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hannover, Verlag der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 47-57.
- Bofinger, P. (2003): *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung in die Wissenschaft von Märkten*, München: Pearson.
- Bofinger, P. (2009): *Ist der Markt noch zu retten? Warum wir jetzt einen starken Staat brauchen*. Berlin: Ullstein.
- Bofinger, P. (2010): Europa droht die Deflation. In: *WSI-Mitteilungen*, 8, S.394.
- Clark, G., Feldman, M. & Gertler, M. (2003): *The Oxford Handbook of Economic Geography*. Oxford: Oxford University Press.
- Eckey, H. F. (2008): *Regionalökonomie*. Wiesbaden, Gabler.
- Eurostat (2010): Euro area unemployment rate stable at 10.0%. News release Euroindicators, 113.
- Fassmann, H. & Meusburger, P. (1997): *Arbeitsmarktgeographie. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit im räumlichen Kontext*. Stuttgart: Teubner.
- Huber, P. (2009): *Konjunkturabschwung und Arbeitsmarktpolitik: Herausforderungen für die regionale Arbeitsmarktpolitik*. WIFO Studie im Auftrag der Oberösterreichischen Landesregierung.
- Huber, P., Kunnert, A. & Nowotny, K. (2010) *Industrieregionen 2009 vom Einbruch des Außenhandels besonders betroffen*. In: *WIFO Monatsberichte*, 5, S. 461-476.
- Mayerhofer, P. (2008): *Stellungnahme zum Standort- und Technologiebericht*. In: *Standort- und Technologiebericht Oberösterreich 2008*, S.10-13.
- OECD (2010): *Employment Outlook. Moving beyond the job crisis*, Paris.
- Reiner, C. (2007): Das Platzen der US-Immobilienblase. In: *Arbeit & Wirtschaft*, 11, S.34-37.
- Reiner, C. (2009): Fehlt uns die Moral? - Anmerkungen zur zweiten Weltwirtschaftskrise. In: *GW-Unterricht*, 115, S.7-10.
- Reiner, C. (2010): Die „Große Rezession“ und ihre Auswirkungen auf regionale Arbeitslosenquoten. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 2, S.114-133.
- Reiner, C. & Lengauer, L. (2010): Regionale Arbeitslosigkeit in der „Großen Rezession“: Entwicklung und räumliche Disparitäten am Beispiel Österreichs. In: *Wirtschaft und Management*, 12, S.35-57.
- Rosenbloom, J. L. Sundstrom, W. A. (1999) The sources of regional variation in the severity of the Great Depression: Evidence from US manufacturing 1919-1937. In: *The Journal of Economic History*, 59 (3), S. 714-747.
- Schätzl, L. (1994): *Wirtschaftsgeographie 3. Politik*. Paderborn/München/Wien/Zürich: UTB.
- The Economist, 10.Juli 2010.
- The Economist, 7.Mai 2009.
- Synthesis Forschung (2009): *Entwicklungspfade des österreichischen Arbeitsmarktes im Zeitraum 2009/2010*. Wien.
- US Bureau of Labour Statistics (2010): *CPI Detailed Report. Data for July 2010*.
- Watt, A. (2009): Distributional issues in the context of the Economic Crisis in Europe. In: *Intereconomics*, 44, S.82-89.
- Willke, G. (2002): *John Maynard Keynes*, Frankfurt/New York: Campus.
- Zierahn, Ulrich (2010): *Bundesländer in der Krise*. In: *Wirtschaftsdienst* 4, S. 275-276.
- Zimmermann, K. (2009): *Wirtschaftswunderjahr 2009*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 52, S.3-16.